

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsanstalt: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 24. April 1987

Blatt 839

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Pensionistenklubs: 17.000 Besucher (840)
- Wiener Gaspreis wird um 5 Prozent gesenkt (841)
- Stacher zum neuen Ärztegesetz (842)
- Wissenschaftsausstellung in U-Bahn-Station Stephansplatz (843)
- Terminvorschau vom 27. April bis 8. Mai (844/845)
- Edlinger: Keineswegs beharren auf bestimmte Prüffirmen! (846)
- Hatzl: Kein Ausverkauf der E-Werke (847)
- Braun: ÖVP interpretiert Antworten falsch (848)
- Wiener Gemeinderat (849-ff.)
- 100 Jahre städtische Bäder — Jubiläumsfest im Hallenbad Floridsdorf (nur FS)
- Frühlingsfest im Wiener Prater (nur FS)
- Brand in Klosterschule (nur FS)

Pensionistenklubs: 17.000 Besucher

Wien, 24.4. (RK-LOKAL) Die Betriebsperiode 1986/87 der Wiener Pensionistenklubs geht heute, Freitag, zu Ende. In den letzten sieben Monaten wurden in den 186 Pensionistenklubs rund 17.000 Besucher betreut.

Neben kulturellen Veranstaltungen gab es Informationen über richtiges Verhalten im Straßenverkehr, Feiern zum Krampus, zu Weihnachten und im Fasching sowie eine tägliche Jause. In 87 Pensionistenklubs war Gelegenheit zum Basteln. Bis zur Wiedereröffnung der Pensionistenklubs am 5. Oktober treffen die Klubbesucher einander zu gemeinsamen Tagesausflügen. Während die Pensionistenklubs geschlossen sind, werden die Landaufenthaltsaktion, die Ausflugsaktion und die Fahrten ins Grüne, über die man sich beim zuständigen Sozialreferat oder bei der Bezirksvorstehung informieren kann, angeboten. (Schluß) jel/gg

Wiener Gaspreis wird um fünf Prozent gesenkt

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Mit Wirkung 1. Mai 1987 kommt es zu einer neuerlichen Reduzierung des Gaspreises in Wien. Der neue Tarif wird 4,37 Schilling pro Kubikmeter (derzeit 4,60 Schilling pro Kubikmeter) ausmachen. Das bedeutet eine Senkung um fünf Prozent. Dies teilte Freitag der für die Wiener Stadtwerke zuständige Stadtrat Johann HATZL mit.

Der neue Tarif soll vorerst bis 31. Dezember 1987 gültig sein. Ermöglicht wird die Reduzierung durch Preisreduktionen beim Ofenheizöl und günstige Rohölpreise, die in einem gewissen Ausmaß auch Auswirkungen auf die Einkaufspreise für Erdgas haben. Damit wird auch einer Ankündigung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Rechnung getragen, Preisvorteile, die sich für das Unternehmen ergeben, an die Konsumenten weiterzugeben.

Stadtrat Hatzl hat die Wiener Stadtwerke beauftragt, den entsprechenden Tarifantrag für die nächste Sitzung des Stadtsenates vorzubereiten. Er wies darauf hin, daß der mit 1. Mai 1987 wirksame Tarif bereits um 1,66 Schilling niedriger ist, als noch vor zwei Jahren, und die damit erfolgten vier Tarifsenkungen seit Jänner 1986 insgesamt 27,5 Prozent betragen. (Schluß) roh/rr

Stacher zum neuen Ärztegesetz

Aufwertung der ambulanten Behandlung

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Als einen wichtigen Schritt im Rahmen des Gesundheitswesens bezeichnete Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag die von Kanzleramts- und Gesundheitsminister Dr. Franz LÖSCHNAK bekanntgegebene Einigung über die Novellierung des Ärztegesetzes. Nach Meinung des Stadtrates bringt es gerade die rasche Entwicklung der Medizin mit sich, daß immer mehr Krankheiten nicht im Spital, sondern ambulant behandelt werden. Im Gegensatz dazu durften Ärzte allerdings bisher laut Gesetz nur am Krankenbett ausgebildet werden, wodurch sie für ihre ambulanten Tätigkeiten oft nur unzureichend vorbereitet wurden. In manchen medizinischen Fächern ist die Spitalsbehandlung bereits die Ausnahme — dem wird nun auch in der Ausbildung der Jungärzte Rechnung getragen — betonte Stacher und nannte als Beispiele dafür die Haut-, Augen- und Kinderheilkunde sowie die Psychiatrie.

Durch die von Minister Löschnak bekanntgegebene Senkung des sogenannten „Bettenschlüssels“ von bisher 20 auf 15 Ärzte werden auch in jenen Regionen, die noch immer unzureichend mit Ärzten versorgt sind, neue Ausbildungsstellen geschaffen. Laut Stacher erfolgt die Niederlassung der jungen Ärzte derzeit oft dort, wo sie nach ihrem Studium weiter ausgebildet wurden. Dies bedeutet jedoch, daß es in bestimmten Gebieten Österreichs noch immer einen Ärztemangel gibt. (Schluß) zi/rr

Wissenschaftsausstellung in U-Bahn-Station Stephansplatz

Zilk: Wien ist Zentrum der österreichischen Forschung

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Univ.-Prof. Dr. Kurt KOMAREK, Präsident des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, eröffneten am Donnerstag abend in Anwesenheit von Wissenschaftsminister Dr. Hans TUPPY in der U-Bahn-Station Stephansplatz die Ausstellung „Wien und die Wissenschaft“. Die Schau, die bis 17. Mai gezeigt wird, gibt einen Überblick über die Leistungen, die in Wien von Forschern und Wissenschaftlern erbracht worden sind.

Zilk sagte in seiner Eröffnungsrede, daß Wien mit seinen fünf Universitäten, drei Kunsthochschulen und zahlreichen außeruniversitären Forschungsinstituten das österreichische Wissenschaftszentrum sei. Er wies darauf hin, daß in Wien mehr als 1.000 Hochschullehrer wirken und mehr als 100.000 Studenten leben. Abschließend hob der Bürgermeister die starke Unterstützung von Wissenschaft und Forschung durch die Stadt Wien hervor: So wurden in den letzten Jahren u. a. aus dem medizinisch-wissenschaftlichen Fonds der Bundeshauptstadt Wien und der Hochschuljubiläumsstiftung hunderte Forschungsvorhaben mit insgesamt mehr als 200 Millionen Schilling gefördert. (Schluß) red/rr

Terminvorschau vom 27. April bis 8. Mai

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 27. April bis 8. Mai hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 27. APRIL:

9.30 Uhr, Festakt „70 Jahre Jugendamt der Stadt Wien“ (Wappensaal, Rathaus)

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Smejkal „70 Jahre Jugendamt der Stadt Wien“ (PID)

19.15 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding „Erweiterung des Thermalbades im Kurbetrieb Wien-Oberlaa“ (Kurkonditorei Oberlaa, 10, Kurbadstraße 10)

DIENSTAG, 28. APRIL:

11.00 Uhr, Presseführung „Hypnodrom“, Wiener Festwochen (Börse)

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Braun an Hertha Tränkler, Mitglied des Österreichischen Kuratoriums für alpine Sicherheit (Arbeitszimmer Braun)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Dr. Peter Goldscheider und Günter Tolar (Steinerner Saal, Rathaus)

MITTWOCH, 29. APRIL:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Hatzl an Ing. Heinrich Basus, Ing. Friedrich Schieferdecker und Wilhelm Malek (Steinerner Saal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher, Rettungskonzept (Rettungszentrale, 3, Radetzkystraße 1, Sitzungszimmer)

11.30 Uhr, Tiefengleiche U 3/5, StR. Hatzl (3, Landstraßer Hauptstr. 28, Sünnhof)

13.00 Uhr, Kontrollausschuß

14.00 Uhr, Eröffnung „Haus Wienerberg“ für Pensionisten durch Bgm. Zilk und StR. Smejkal (10, Neilreichgasse 120)

DONNERSTAG, 30. APRIL:

9.30 Uhr, Überreichung des Ehrenringes der Stadt Wien durch Bgm. Zilk an Hofrat Prof. Paul Hoffmann (Arbeitszimmer Bgm.)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

FREITAG, 1. MAI:

von 14 bis 18 Uhr: Mitspielfest auf dem Rathausplatz

SAMSTAG, 2. MAI:

Eröffnung der Sommerbäder

MONTAG, 4. MAI:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Mag. Leonore Boeckl, Dior. Josef Hausner und Franz Loibl (Steinerner Saal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Prim. Dr. Alfred Beier, ao. Univ.-Prof. Dr. Walter Lindemayr, Prim. Dr. Karlheinz Loew, ao. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Olbert, Prim. Dr. Walter Trauschke, Med.-Rat Dr. Irmgard Gal und Obermed.-Rat Dr. Gerhard Reichelt (Steinerne Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 5. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Harald Windisch (Arbeitszimmer, Bgm.)

MITTWOCH, 6. MAI:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Seidl an Oberst Rudolf Helmer, Oberst Rudolf Hunger und Oberst Wolfgang Pflegerl (Steinerne Saal, Rathaus)

19.00 Uhr, Bgm. Zilk und StR. Mrkvicka: Eröffnung der Wiener Vorlesungen „Auf der Suche nach dem Gemeinsamen“; Bundespräsident i. R. Dr. Rudolf Kirchschläger zum Thema: „Was ist das Gemeinsame? Möglichkeiten und Grenzen des Miteinander“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

21.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Univ.-Doz. Dr. Harald Leupold-Löwenthal (Wappensaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 7. MAI:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Dr. Hugo Portisch (Arbeitszimmer, Bgm.)

11.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ durch StR. Smejkal an Dr. Irmgard Petak, Direktor des Institutes für Heimerziehung der Stadt Wien i. R. (Arbeitszimmer Smejkal)

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

FREITAG, 8. MAI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Angiographie“ (NKH, Rosenhügel)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst

13.00 Uhr, Ehrenmedaillenüberreichung durch StR. Stacher an Brigadier Dr. Gerhard Reindl (Roter Salon, Rathaus)

17.00 Uhr, Verein Jugendzentren der Stadt Wien, Eröffnung Zentrum Wienerberg durch StR. Smejkal (10, Neilreichgasse 115)

21.00 Uhr, Eröffnung der Wiener Festwochen (Rathausplatz)

(Schluß) red/gg

Edlinger: Keineswegs beharren auf bestimmten Prüffirmen!

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Zu den von FPÖ-Klubobmann Dr. Hirnschall erhobenen Vorwürfen, daß der Wiener Wohnbaustadtrat auf weiteren Aufträgen für die Gesellschaft für Wohnungswirtschaft und Verkehrswesen GmbH (GWV) beharre, erklärte Stadtrat Rudolf EDLINGER, daß dies keineswegs der Fall sei.

Erstens sei es Angelegenheit des Stadterneuerungsfonds, Gutachterfirmen auf Vorschlag zu beauftragen. Im konkreten Fall der GWV GmbH wird diese Firma auf Vorschlag der ÖVP zu Prüftätigkeiten herangezogen.

Zweitens ist diese Firma aufgrund der Bestimmungen der Gewerbeordnung § 9 Ziffer 4 zu dieser Prüftätigkeit berechtigt. Diese Bestimmung besagt, daß für die Erstellung von Gutachten nicht eine Gewerbeberechtigung, sondern entsprechende Sachkenntnisse notwendig sind, über die die GWV zweifellos verfüge.

Die von Klubobmann Dr. Hirnschall aufgestellten Behauptungen seien daher falsch. „Ich vermisse nach wie vor einen konkreten Vorschlag der Wiener FPÖ zur Förderung der Stadterneuerung“, erklärte Edlinger. Ende März waren bereits 891 Sanierungsvorhaben mit Gesamtinvestitionskosten von 5,56 Milliarden Schilling durch den Stadterneuerungsfonds zur Durchführung empfohlen. 219 Projekte sind bereits in Bau. Rund 800 weitere Anträge stehen derzeit in Prüfung. (Schluß) ah/gg

Hatzl: Kein Ausverkauf der Wiener E-Werke

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) „Es wird keinen Ausverkauf von öffentlichem Eigentum der Wiener E-Werke geben“, stellte Freitag Energiestadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Pressekonferenz der Wiener ÖVP fest. „Es ist zur Stunde auch nicht beabsichtigt, daß die Wiener E-Werke Bundesanteile an Sondergesellschaften erwerben.“

Die E-Werke seien zwar interessiert, sagte Hatzl, von den Donaukraftwerken höhere Bezugsrechte zu bekommen. Allerdings beziehe Wien bereits fast 50 Prozent seines Verbrauchs vom Verbund, was schon den gewünschten Beitrag zur Preisstabilität darstelle. Darüber hinaus habe Wien trotz zweimaliger Anhebung des Verbundtarifes diese Preissteigerungen nicht an die Konsumenten weitergegeben, sondern im Gegenteil durch eigene Kraft den eigenen Stromtarif gesenkt. Wien müsse aber auch in Hinblick auf die Versorgungssicherheit seinen Anteil an Eigenversorgung aufrechterhalten. Auch nach diesem für die Stadt wichtigen Gesichtspunkt sei die Forderung der ÖVP unüberlegt, schloß Hatzl. (Schluß) roh/rr

Braun: ÖVP Interpretiert Antworten falsch

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) „Die Wiener ÖVP interpretiert offensichtlich die Antworten, die ich in der Fragestunde auf zwei ihrer Anfragen gegeben habe, falsch.“: Das erklärte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu zwei Aussendungen des ÖVP-Pressedienstes, die sich auf das Rinterzelt bzw. das Umweltveto beziehen. Braun wies dazu neuerlich, wie schon zuvor in der Fragestunde des Gemeinderates, darauf hin, daß für das Rinterzelt bereits eine Reihe von Teilbenutzungsbewilligungen ausgestellt und nach Erfüllung geringfügiger Auflagen die Gesamtbenutzungsbewilligung zu erwarten sei und wies die Vorwürfe gegen das Rinter-Zelt bzw. die darin untergebrachte Abfallbehandlungsanlage der Stadt Wien zurück. Zum Umweltveto erklärte Braun nochmals, daß dieses Veto seit 1986 schlicht und einfach nicht auf politischer Ebene gehandhabt werden mußte, weil die Einwände der Umweltabteilung (die seit Bestehen des Umweltvetos bei allen umweltrelevanten Projekten der Stadt eingeschaltet werden muß) stets berücksichtigt worden waren. (Schluß) hrs/gg

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde mit einer Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. HONAY (SPÖ), wieviele Bürgschaften von der Stadt Wien im Rahmen der Aktion „Förderung zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke“ übernommen wurden, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß seit dem Beginn der Förderung im Dezember 1976 92 Bürgschaften mit einem Gesamtvolumen von 51,6 Millionen Schilling übernommen worden sind. Der Stadt Wien sind daraus keine Zahlungen erwachsen, es wurde zusätzlicher Wohnraum von 13.200 Quadratmetern in bester Lage gewonnen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wie er die Praxis des Stadterneuerungsfonds rechtfertige, Gutachten in Sanierungsfällen an unqualifizierte Firmen außer Haus zu vergeben, sagte StR. EDLINGER (SPÖ), daß es eine derartige Praxis nicht gibt. Die Gutachertätigkeit sei an die Sachkenntnis in den betreffenden Fragen gebunden und diese werde von allen herangezogenen Firmen erfüllt.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), ob es richtig sei, daß es für das Rinterzelt noch immer keine Benützungsbewilligung gebe, sagte StR. BRAUN (SPÖ), daß bereits eine Reihe von Teilbenützungsbewilligungen ausgestellt seien. Nach der Erfüllung geringfügiger Auflagen sei die Gesamtbewilligung zu erwarten. Zum Zustand des Daches des Rinterzeltes gebe es widersprüchliche Gutachten, nach einer Gegenüberstellung dieser Gutachten müsse eine Entscheidung gefällt werden. Das Rinterzelt erfülle eine wichtige Aufgabe in bezug auf die Mülltrennung und die Gewinnung wiederverwertbaren Materials.

GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) wollte in der VIERTEN ANFRAGE wissen, wie oft der Umweltstadtrat seit 1986 vom „Umweltveto“ Gebrauch gemacht hat. Stadtrat BRAUN (SPÖ) antwortete, daß es nicht mehr notwendig war, Umweltschutzangelegenheiten auf die politische Ebene zu bringen, weil die Einwendungen der Umweltschutzabteilung stets berücksichtigt wurden. An der Effizienz der MA 22 gebe es keinen Zweifel, und er sei bemüht, die Umweltabteilung durch weitere Experten zu vergrößern.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. FAYMANN (SPÖ), wie groß die von der Firma HIAG verursachten Gewässerverschmutzungen sind, antwortete StR. BRAUN, daß es in diesem Unternehmen in Zusammenhang mit einem Besitzerwechsel zu Schwierigkeiten gekommen sei. Mit Kühlwasser gelangte auch Formaldehyd in die Liesing. Es gab und gibt mehrere Strafverfahren, und es war auch ein Einsatz der Umweltpolizei notwendig. Der Betrieb wird nun weiter laufend überprüft, und die nunmehrigen Verantwortlichen haben sich kooperationsbereit gezeigt. So wie die Firma HIAG werden in diesem Bereich auch andere Betriebe laufend kontrolliert, die eine Umweltgefährdung darstellen könnten.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wann mit der Realisierung der im Stadtentwicklungsplan vorgesehenen Park-and-Ride-Anlagen zu rechnen sei, antwortete StR. HOFMANN (SPÖ), daß in Kagran, bei der UNO-City, am Reumannplatz und in Heiligenstadt Anlagen ganz oder teilweise fertiggestellt sind, drei weitere werden heuer gebaut, zusätzliche dann entsprechend dem Baufortschritt der U-Bahn. Auch im Bereich von Gürtel, Süd- und Westeinfahrt werden solche Anlagen diskutiert, und ein von der Planungsgemeinschaft Ost entwickeltes Park-and-Ride-Konzept wird schrittweise realisiert. Im Bereich der neuen Vororte-S-Bahn soll es einen Park-and-Ride-Standort am Knoten mit der U 3 in Ottakring geben.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), ob er mit der Bezirksvorstehung des 1. Bezirkes wegen der Veranstaltung eines Buch- und Kunstmarktes am Donaukanal Kontakt aufgenommen habe, erklärte StR. BRAUN (SPÖ), ein offizielles Gespräch mit Bezirksvorsteher Techn. Rat Ing. HEINZ (ÖVP) sei für den 6. Mai angesetzt. Sowohl die zwei betroffenen Bezirke, als auch die Wasserstraßendirektion hätten gegen eine derartige Veranstaltung gewisse Bedenken. Die Stadt Wien wolle jedoch — sofern Interessenten vorhanden seien — diesen helfen, derartige Veranstaltungen durchzuführen. Einzelveranstaltungen dieser Art habe es bereits gegeben.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dr. AIGNER (SPÖ) nach dem letzten Stand der Oberflächengestaltung der Freyung erklärte StR. HOFMANN (SPÖ), die ursprünglich geplante Rampengestaltung werde nicht ausgeführt. Man habe nun Architekt Tesar mit der Gestaltung der Oberfläche beauftragt. Die daraus erwachsenden Mehrkosten würden der Garagenbetreiber und die Gruppe, die das Palais Harrach revitalisiert, tragen.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. ZIGMUND (ÖVP), wann ein zusätzlicher Eingang in die Steinhofgründe geschaffen werde, erklärte StR. BRAUN, laut Mitteilung des Forstamtes würde der Eingang im Bereich des Stiegenabganges von der Johann-Staud-Straße zur Reizenpfeninggasse einen Weg durch das Gelände des Psychiatrischen Krankenhauses erfordern, wozu das Anstaltenamt seine Zustimmung nicht gegeben habe. Eine nochmalige Prüfung dieser Stellungnahme werde jedoch erfolgen.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. LACINA (SPÖ), in welcher Weise die Stadt Wien zur Nutzung der Pratergründe berechtigt sei, sagte StR. EDLINGER (SPÖ), daß die Stadt Wien zur Nutzung und Verwaltung von 3,6 Millionen Quadratmeter bis zum 19. Jänner 1988 berechtigt sei. Etwa ein Zehntel der Fläche seien Kleingärten, der Rest Parkschutzgebiet.

Auf die Zusatzfrage von GR. Lacina, ob die kleingärtnerische Nutzung gesichert sei, antwortete Edlinger, daß die Generalpachtverträge auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und eine Nutzung daher gesichert ist. Nur ein kleiner Teil werde prekaristisch genutzt. Diese Teile seien nicht erhaltungswürdig, sodaß es wohl zu keiner Neuverpachtung, aber zu einer unbegrenzten Nutzung durch die derzeitigen Kleingärtner komme.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Haltung die Stadt Wien zur kommenden Hauptfeststellung der Einheitswerte beziehe, sagte Vizebürgermeister Mayr, daß der Zeitpunkt dieser Hauptfeststellung für den 1. Jänner 1988 festgelegt wurde. Seit der letzten Hauptfeststellung 1973 sei keine exakte Bewertung der Grundstücke erfolgt. Obwohl es in diesem Zeitraum Steigerungen der Grundstückspreise gab, blieben die Erträge aus der Grundsteuer praktisch eingefroren. Diese Situation ist sowohl für die Grundeigentümer, die Anspruch auf eine exakte Bewertung ihrer Grundstücke habe, als auch für die Gemeinde unbefriedigend. Mayr erklärte, daß man beim Finanzministerium einen Vorstoß für ein flexibleres System einer jährlichen Anpassung des Einheitswertes unternommen habe. Als durchführbar erscheint das Modell des Einspruchs gegen einen festgestellten Einheitswert. Auswirkungen auf das Budget der Stadt Wien seien noch nicht exakt zu nennen.

Auf die Zusatzfrage von Dr. Hirnschall, ob die Neufestsetzung nicht eine Vervielfachung der bisherigen Einheitswerte sowie gewaltige Belastungen für den Einzelnen bedeuten würde, sagte Vizebürgermeister Mayr, daß auch künftig der Einheitswert nur etwa ein Drittel des tatsächlichen Verkehrswertes ausmachen werde. Im Falle der Bewohner von Gemeindebauten werde die Wohnhäuserverwaltung die Interessen der Mieter vertreten und Einspruch erheben, wenn es zu einer erkennbaren Fehleinschätzung des Einheitswertes kommen sollte.

Forts. von Blatt 849

Forts. auf Blatt 851

Projektstand der U 3 und U 6

StR. HATZL (SPÖ) gab einen Projektsbericht über die zweite Ausbauphase der Wiener U-Bahn. Auf der Linie U 3 wurden von Erdberg über die Landstraße bis in die Mariahilfer Straße nach Abschluß der bauvorbereitenden Arbeiten, wie Planungen, Grundfreimachungen und Einbautenverlegungen, die Rohbauarbeiten in Angriff genommen. Die Tunnelbauarbeiten werden derzeit intensiv vorangetrieben, wobei in einigen Bauabschnitten heuer bereits einige Innenausbauarbeiten vorgenommen werden können. In der Mariahilfer Straße haben die Rohbauarbeiten im Jänner dieses Jahres unter Bedachtnahme auf eine möglichst geringe Beeinträchtigung des Geschäftslebens begonnen. Im Bereich des Westbahnhofes und außerhalb des Gürtels im 15. Bezirk wird an der Ausschreibung für den 1988 beginnenden Rohbau gearbeitet.

Auf der Linie U 6 neigen sich die Tiefbauarbeiten bei den Bauabschnitten „Pottendorfer Straße“ und „Philadelphiabrücke“ dem Ende zu. Im Bereich der Bauabschnitte „Vivenotgasse“ und „Längenfeldgasse“ ist der Höhepunkt der Rohbauarbeiten erreicht. Die Otto-Wagner-Brücke über das Wiental, die Gewölbe der Gürtelstammstrecke sowie die ehemaligen Stadtbahnstationen werden umfangreichen Sanierungsarbeiten unterzogen.

Das Projekt der U 6-Verlängerung nach Siebenhirten wird derzeit im Detail ausgearbeitet. Für die Verlängerung nach Floridsdorf werden Variantenuntersuchungen und Vorstudien vorgenommen. Hatzl teilte mit, daß alle vorgegebenen Termine nach dem derzeitigen Wissensstand eingehalten werden können.

Der U-Bahn-Bau ist für Wien auch von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Im Jahr 1986 waren rund 3.000 magistratsfremde Arbeitnehmer mit der Durchführung der verschiedenen Arbeiten beschäftigt.

Zur Durchführung der zweiten Ausbauphase sind Gesamtinvestitionen in der Höhe von brutto 38,1 Milliarden Schilling (Preisbasis Februar 1987) notwendig. Davon entfallen 29,2 Milliarden auf den Bau der Linie U 3, 8,9 Milliarden auf den Bau der U 6. Hatzl zeigte sich überzeugt, daß die Inbetriebnahme der U 3 und der U 6 den Verkehrsbetrieben neue und dauerhafte Fahrgäste bringen wird.

Aus aktuellem Anlaß machte Hatzl dem Gemeinderat die Mitteilung, daß der Wiener Gaspreis ab 1. Mai 1987 um weitere fünf Prozent gesenkt werden kann (siehe eigene „rk“).

Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte klar, daß es keinen Zweifel darüber geben könne, daß die U-Bahn eine wesentliche Verbesserung des öffentlichen Verkehrs darstellt und von der Wiener Bevölkerung angenommen wird. Er regte an, daß man die Dringlichkeitsreihung beim künftigen U-Bahn-Bau eventuell verändern solle. Die derzeitigen Endstellen der U-Bahn seien zu weit in der Stadt und zu wenig nah am Stadtrand. In diesem Zusammenhang stellte er die ANTRÄGE, daß die U 4 bis Auhof verlängert wird, die U 1 einerseits bis Leopoldau und andererseits in einer Schleifenform bis zur Per-Albin-Hansson-Siedlung und zum Wienerberg.

Es wäre auch zu überdenken — eventuell unter Beteiligung Niederösterreichs — die U 6 in den Bereich der SCS zu verlängern.

Pawkowicz kritisierte weiters, daß ein Verkehrskonzept für die Jahre 1990 bis 2000 fehle. Man projiziere eine U-Bahn, ohne zu wissen, ob ein Zentralbahnhof komme. Planungsschritte sollten künftig parallel und nicht an Bahnhöfen vorbei gesetzt werden.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) ging auf die von StR. HATZL angekündigte Gaspreissenkung ein und wies darauf hin, daß dieser Ankündigung ein Antrag der ÖVP vorausgegangen sei. Es bedürfe also immer eines Anstosses von außen, um derartige Maßnahmen zu erreichen.

Forts. von Blatt 850

Forts. auf Blatt 852

StR. HATZL (SPÖ) entgegnete, daß er die Gaspreissenkung aufgrund einer bereits in den letzten Tagen nach verschiedenen Vorbesprechungen getroffenen Entscheidung bekanntgegeben habe. Gaspreissenkungen könne es dann geben, wenn die entsprechenden Voraussetzungen aufgrund niedriger Einstandspreise vorhanden seien.

GR. OBLASSER (SPÖ) wies darauf hin, daß die 2. Bauphase des Wiener U-Bahn-Baues ein entscheidender Schritt sei, den öffentlichen Verkehr im innerstädtischen Bereich zu beschleunigen. Die Weichenstellung dazu sei 1983 mit dem Beschluß zum Ausbau der U 3 von Erdberg bis Ottakring in einem Zug erfolgt. Die Kooperation mit dem Bund ermögliche es, optimale Bauzeiten und einen entsprechend raschen Abschluß dieser Arbeiten zu erreichen. Das Bauvolumen für die U 3 und U 6 betrage an die 39 Milliarden Schilling, wovon bereits jetzt 10 Milliarden ausgegeben seien. Derzeit werde dem U-Bahn-Bau ein Drittel aller Investitionsausgaben der Stadt Wien gewidmet. Schon jetzt benützen 570.000 Fahrgäste täglich die U-Bahn, bei einer Netzverlängerung von derzeit 30,2 Kilometern auf 56 Kilometern im Jahr 1995 werde dieses Aufkommen noch erheblich steigen. Für die Bewohner der betreffenden Bezirke bedeute der Ausbau der U-Bahn eine wesentliche Steigerung der Lebensqualität, für die entsprechenden Bereiche der Stadt auch eine Erhöhung der Attraktivität des Stadtbildes.

GR. Mag. REGLER (ÖVP) würdigte die positiven Auswirkungen der U-Bahn für die Stadtentwicklung. Zu kritisieren sei die Kostenentwicklung, die er auf hohe Planungskosten, teilweise überstürzte Grundfreimachungen und international gesehen zu hohe Rohbaukosten zurückführt. Bei der künstlerischen Ausgestaltung sollte zugunsten von Aufzügen gespart werden. Der Ausbau des U-Bahn-Netzes sei zu langsam, die Investitionen fielen nach einer Spitze in den nächsten drei Jahren stark ab. Die Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund enthalte keine Valorisierung. Für die Zukunft fehle die Festlegung von Linien und Prioritäten, was jedoch für die Trassenfreihaltung entscheidend wäre. Wichtig wären U 1-Verlängerungen nach Norden und Süden, neue Stationen bei der U 4 und eine U 3-Verlängerung nach Simmering.

Für die SPÖ erklärte GR. HUFNAGL, es sei dem tatkräftigen Engagement seiner Fraktion zu verdanken, daß der U-Bahn-Bau in der nun realisierten Form erreicht wurde. Bei der U 6 waren große Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Otto-Wagner-Brücke sowie bei der Beseitigung von Giften aus dem Boden zu bewältigen, und es war mit großem technischem Aufwand die Unterfahrung des Fernmeldeamtes Meidling notwendig, trotzdem ist der Ausbau weitgehend planmäßig vorangegangen. Von der Auflassung der Straßenbahnlinie „8“ in der Meidlinger Hauptstraße nach Inbetriebnahme der U 6 erwartet Hufnagl keine negativen Folgen, zumal die U 6 in geringer Entfernung der Meidlinger Hauptstraße fahren wird und auch in Lassallestraße, Praterstraße und Favoritenstraße das Fehlen der früheren Straßenbahnlinie nicht als nachteilig empfunden wird. Die bisherigen Investitionen im U-Bahn-Bau seien über den Umweg des Nutzens für Verkehr, Umweltpolitik und Freizeit wieder hereingekommen.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) reklamierte die Urhebererschaft für den Wiener U-Bahn-Bau für seine Fraktion und meinte, es gebe mehrere Gründe, die für eine Erhaltung der Straßenbahnlinie „8“ sprechen. Dazu gehöre, daß die Straßenbahn auch bei kurzen Entfernungen gerne benützt werde. Die U 6 sei ein Stiefkind bei U-Bahn-Planung und -Bau. Für eine Verlängerung nach Norden gebe es noch keine konkreten Vorstellungen.

GR. Dr. MAIER (ÖVP) kritisierte die Vereinbarung, die in Form eines Staatsvertrages mit dem Bund 1986 abgeschlossen wurde. Mit diesem Staatsvertrag sei kein Gremium des Hauses befaßt gewesen, daher sei er nicht einklagbar, und es ergebe sich die Frage, ob das Finanzierungskonzept StR. Hatzls für die U 3 und die U 6 halten werde. Maier brachte einen

Forts. von Blatt 851

Forts. auf Blatt 853

BESCHLUSSANTRAG ein, der den Erwerb von Anteilen an Sondergesellschaften durch die Wiener E-Werke zur Strompreissenkung und Stabilisierung vorsieht. Zur Finanzierung dieser Anteile sollten die Wiener E-Werke in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. In diesem Zusammenhang erklärte Maier, daß die Tarifschere zwischen Niederösterreich und Wien immer weiter aufklaffe.

Die Tarifschere beim Strompreis, widersprach StR. HATZL (SPÖ) in seinem Schlußwort, sei, was den Haushaltstarif betreffe, dergestalt, daß ein Wiener Strombezieher für die gleiche Leistung weniger bezahle als ein Niederösterreicher. Dies sei leicht kontrollierbar.

Zum Staatsvertrag vom November 1986 erklärte Hatzl, die Vereinbarung mit dem Bund sei in dem Bewußtsein abgeschlossen worden, daß beide Partner die Vertragsbedingungen einhalten werden.

Zur Kritik von GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz an den Verhandlungen über Grundstücksablösungen merkte Hatzl an, daß die Vorbereitungen rasch, umfassend und genau getroffen würden, es jedoch gelte, pures Gewinnstreben bei Grundstücksablösungen hintanzuhalten. Die U 3 sei eine der wichtigsten Linien, bemerkte Hatzl zu dem Problem der Prioritätensetzung beim U-Bahn-Bau. Es gelte bei der Entscheidung über Verlängerungen bzw. Linien nicht nur die kostengünstigeren Varianten zu wählen, sondern so vielen Wienern wie möglich eine Benützung der U-Bahn möglich zu machen. Zum Problem der Preisentwicklung im Tiefbau sagte Hatzl abschließend, man werde auch nicht alles, was die öffentliche Ausschreibung ergebe, ohne Verhandlungen über einzelne Positionen bzw. Preisdiskussionen akzeptieren.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Die in der Debatte eingebrachten Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Unterstützung für Musiklehranstalten

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) beantragte für den Verein der Freunde der Musiklehranstalten eine Subvention von 630.000 Schilling.

GR. HELMER (ÖVP) wies darauf hin, daß nur in 15 Bezirken Wiens eine Musiklehranstalt bestehe, obwohl der Bedarf groß sei. Zusätzlich würden geeignete Räumlichkeiten vielfach fehlen. Helmer forderte einen effizienteren Einsatz der Mittel durch den Verein der Freunde der Musiklehranstalten. Er brachte einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG ein, mit dem ein ausreichendes Angebot an Musikschulen sowie eine entsprechende räumliche und personelle Vorsorge gefordert wird. Helmer kritisierte, daß es an Wiens Musikschulen nur 4.000 Schüler gebe.

GR. STRANGL (SPÖ) erklärte, daß Wiener Musikschulen deutlich preiswerter als vergleichbare andere Institutionen in den Bundesländern seien. Zudem erfolge an Wiens Musikschulen auch eine Ausbildung an schwierigen Instrumenten. Das Interesse an Blasmusik sei in ländlichen Gegenden höher, sodaß auch die Schülerzahlen entsprechend höher sind. Die ÖVP vergesse aber, daß in Wien ein zusätzliches Angebot in Volkshochschulen, privaten Konservatorien und anderen Institutionen bestehe.

StR. SMEJKAL (SPÖ) bedauerte, daß die Darstellung der Situation durch die ÖVP im Gegensatz zum guten Gesprächsklima über diese Themen stehe. Dadurch werde das ehrliche Bemühen, möglichst vielen Kindern einen geeigneten Musikunterricht zu verschaffen, sowie die geleistete Arbeit abgewertet.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen, der Beschlusantrag wurde zugewiesen.

Forts. von Blatt 852

Forts. auf Blatt 854

Subvention für Blasmusik

GR. HANKE (SPÖ) beantragte die Gewährung einer Subvention in der Höhe von fünf Millionen Schilling an den Kunstverein Wien. Mit diesen Mitteln sollen das „8. Österreichische Blasmusikfest 1987“, die Veranstaltung „90 Jahre Deutschmeister-Schützenkorps“ und das „Werksmusikkapellentreffen“ durchgeführt werden.

Mag. KAUER (ÖVP) meinte, er hätte nichts gegen Blasmusik einzuwenden, die Höhe von fünf Millionen erscheine ihm allerdings bedenklich hoch. Für die Zukunft verlangte er übersichtlichere und verständlichere Abrechnungen des Kunstvereins Wiens, als das bisher der Fall gewesen sei. In einem ABÄNDERUNGSANTRAG forderte er, daß die zur Debatte stehenden Veranstaltungen nicht vom Kunstverein Wien, sondern vom Kulturamt der Stadt Wien veranstaltet werden.

GR. BRIX (SPÖ) meinte zur geäußerten Kritik am Kunstverein Wien, es gebe keine wie immer gearteten Unklarheiten über Abrechnungen.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters mit Mehrheit angenommen.

Flächenwidmungsplan Landstraße

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Juchgasse, Landstraßer Hauptstraße, Aspangstraße und Ungargasse im 3. Bezirk.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) kritisierte verschiedene Bestimmungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für dieses Gebiet, die einerseits überflüssig und andererseits nicht im Sinne der Bevölkerung dieses Gebietes seien. Im besonderen nannte Mayr einen Fußweg, der parallel zur Landstraßer Hauptstraße durch diesen Bereich geführt werden soll. Generell gebe es bei Bebauungsplänen zu viele Bestimmungen und damit eine bürokratische Überfrachtung.

GR. SEVCIK (SPÖ) wies darauf hin, daß der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zur Steigerung der Attraktivität dieses Teilbereichs des 3. Bezirkes beitrage und auf dem Stadtentwicklungsplan fuße. Der Plan beinhalte eine Reduzierung der baulichen Nutzung, die Festsetzung unterschiedlicher Gebäudehöhen in Anpassung an die Umgebung, die Sicherung und Erschließung von Grünflächen und die Erreichbarkeit des Gebietes zu Fuß. Sevcik wies auf den einstimmigen Beschluß des Planes im Bezirk hin.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Wettbewerb Donauraum-Planung

StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) beantragte 23 Millionen Schilling, die für die weiteren Planungen im Wiener Donauraum verwendet werden sollen. Hofmann erklärte, mit dem nun vorliegenden Antrag werde eine weitere Phase in jener Entwicklung des Donauraumes eingeleitet, die vor knapp zwei Jahrzehnten mit den Planungen für Neue Donau und Donauinsel begonnen habe. Mit dem seinerzeitigen Wettbewerb wurde „Das Wiener Modell der Stadtplanung“, das bereits internationale Anerkennung gefunden hat, ins Leben gerufen. War es anfangs vor allem ein Wasserbauprojekt, das hier realisiert wurde, faßte der Wiener Gemeinderat sehr rasch den Beschluß, für diesen Bereich einen städtebaulichen Wettbewerb auszuschreiben, um eine optimale Integration des Hochwasserschutzprojektes sicherzustellen und die Chancen für die Stadt bestmöglich zu nutzen. Das dabei entwickelte interdisziplinäre Planungsverfahren habe sich bestens bewährt. Die ÖVP sei jedoch sowohl gegen das Hochwasserschutzprojekt als auch gegen diesen ersten Wettbewerb gewesen. In der

Forts. von Blatt 853

Forts. auf Blatt 855

nunmehrigen Phase, die viele veränderte Voraussetzungen zu berücksichtigen habe, gehe es nicht in erster Linie um die Frage der Staufufe, sondern um ökologische Überlegungen und die Zukunft der Stadt. Es gehe um eine mögliche Weltausstellung, die Verbesserung der Wohnumwelt und der Infrastruktur sowie die Funktion Wiens als dritter UNO-Stadt und als traditionelle mitteleuropäische Metropole. Hofmann beleuchtete die Notwendigkeit einer transparenten Planung und der Mitwirkung nicht nur von Experten, sondern auch von Betroffenen und interessierter Bevölkerung. Die praktizierte Art der Stadtplanung sei nicht nur Zeichen einer sich verändernden Gesellschaft, sondern habe auch selbst wesentliche Akzente gesetzt. Diese Bevölkerungsbeteiligung und Transparenz werde nicht zuletzt in der Frage der Staufufe Wien zum Tragen kommen. Wenn die zweite Phase des nun laufenden Wettbewerbes abgeschlossen ist, werde dies nicht das Ende, sondern lediglich einen weiteren, wichtigen Abschnitt in den Planungen bedeuten. Mit der zweiten Stufe, die dem Gemeinderat optimale Entscheidungsgrundlagen liefern soll, wird die Stadt Wien einer Juryempfehlung nachkommen.

Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) deponierte, die FPÖ hätte sich von dem Wettbewerb mehr erwartet, und die Preisgelder der ersten Stufe seien gegenüber den sonstigen Aufwendungen des Wettbewerbes in keinem brauchbaren Verhältnis gestanden. Er, Pawkowicz, hätte sich vorstellen können, daß es Honorare für alle eingereichten Projekte hätte geben können. Der heute zum Beschluß stehende zweite Schritt, 23 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen, hätte wohl schon vor einem Jahr erfolgen sollen, doch werde die FPÖ auch jetzt dieser Vorgangsweise zustimmen.

GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) erklärte, für die ÖVP sei die Gestaltung des Donauroumes Herausforderung, Chance und Notwendigkeit, aber die große Gesamtidee einer Neugestaltung müsse Vorrang haben. Die ÖVP hätte einen Zweistufen-Wettbewerb bevorzugt, in dessen erster Stufe der Gesamttraum zu behandeln gewesen wäre, während sich die zweite Stufe mit Details befassen hätte müssen. Positive Erwartungen wurden enttäuscht, wer Skepsis und Vorurteile einbrachte, fand sich bestätigt. Die Art der Bürgerbeteiligung sei für die ÖVP nicht zufriedenstellend, der Wettbewerb habe wenig gebracht, weil es nicht ausreichend politische Vorgaben gab. Die Forderung nach Interdisziplinarität und Internationalität wurde nicht erfüllt, sagte Welan. Die zweite Stufe des Wettbewerbs wird nach Meinung der ÖVP keine höhere Qualität bringen.

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) wies in seinem Debattenbeitrag auf die Besonderheit des Wettbewerbes hin. Dabei sei in mehrfacher Hinsicht Neuland betreten worden, denn in dieser Form habe es die Verknüpfung von drei Ideenwettbewerben zu einem Gesamtideenwettbewerb noch nie gegeben. Für die Richtigkeit der Vorgangsweise spreche die rege Teilnahme sowohl von Experten als auch von interessierten Laien. Die Frage der Staufufe Wien sei primär nicht aus energiepolitischer, sondern aus ökologischer Sicht zu betrachten. Die SPÖ werde keinen Zeitdruck ausüben, sagte Hengelmüller, und ließ keinen Zweifel daran, daß seine Fraktion die Staufufe aus ökologischer Sicht für notwendig halte.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) meinte, die ÖVP disqualifiziert eingereichte Projekte, um den politischen Gegner zu treffen, erreiche tatsächlich damit aber die Architekten und Studenten, die sich an dem Wettbewerb beteiligt haben. Swoboda ging dann auf ein Plakat der Jungen ÖVP ein, in dem Bürgermeister Dr. Zilk in abfälliger Weise mit dem Projekt einer Staufufe Wien in Verbindung gebracht werde. Es sei ein Skandal, sagte Swoboda, daß sich die Wiener ÖVP von dieser Verunglimpfung des Bürgermeisters nicht distanzieren. Wenn man von den Bemühungen um bessere politische Kultur spreche, dürfe man nicht zu einem solchen Plakat wider die politische Kultur schweigen.

Forts. von Blatt 854

Forts. auf Blatt 856

GR. MAIER (ÖVP) erklärte für seine Fraktion, es sei dieses Plakat tatsächlich nicht der Stil, der gewählt werden sollte, doch die Fraktionen sollten auch darauf verzichten, Ausrutscher des Gegners gegeneinander aufzurechnen.

Stolz auf die Funktionäre der Jungen ÖVP, erklärte GR. Dr. HÄUPL (SPÖ), sei bei dieser Form der politischen Auseinandersetzung, wie sie das diskutierte Plakat präsentiere, nicht angebracht. Für ihn bedeute dies einen neuen Tiefpunkt in der Entwicklung der politischen Kultur dieser Stadt, die persönlich beleidigenden Charakter annehme.

Die Erwartungshaltung bezüglich der Ergebnisse des Wettbewerbes Donaauraum möge bei einzelnen höher gewesen sein, erklärte StR. HOFMANN (SPÖ), in seinem Schlußwort. Die 2. Bearbeitungsphase habe den Vorteil, daß die gleiche Jury für Entscheidungshilfen herangezogen werde. Er sei sicher, sagte Hofmann abschließend, daß man zu einer passenden Terminvereinbarung für eine neuerliche Sitzung der Jury finden werde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Sanierung der Ringstraße

GR. REITER (SPÖ) beantragte die Genehmigung von 61,2 Millionen Schilling für die Sanierung des Baumbestandes der Wiener Ringstraße.

Bereits der ehemalige Umweltstadtrat Schieder habe 1979 gemeint, man habe die Baumsanierung auf der Ringstraße bereits im Griff, erklärte GR. Mag. KAUER (ÖVP). Für seine Fraktion sei der einzig nachweisbare „Erfolg“ jedoch, daß die Sanierung nun länger dauere und teurer sei. So müßten 25.000 Quadratmeter Erdreich abgetragen und 250 Bäume nachgepflanzt werden.

Die ersten Erfahrungen, erklärte GR. Josefa TOMSIK (SPÖ), habe man bei der Neugestaltung der Praterstraße gemacht, nun werde die Ringstraße davon profitieren. Darüber hinaus habe man im Rahmen der Grünaktion bereits zahlreiche Alleen und Grünstreifen saniert. Die Vorarbeiten seien auf der Ringstraße nun abgeschlossen. Im Jahr 1987 sind für die Sanierung 20 Millionen Schilling vorgesehen. Man könne ihrer Fraktion keine Versäumnisse vorwerfen, wenn eine vor einem Jahrhundert geschaffene Allee saniert werden müsse.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage über Zivilschutz

Die ÖVP brachte eine DRINGLICHE ANFRAGE über den Stand der Zivilschutzmaßnahmen in Wien ein Jahr nach der Strahlenkatastrophe von Tschernobyl ein. Zur Begründung der Dringlichkeit erklärte GR. Ing. WORM (ÖVP), daß eine Wiederholung der Katastrophe jederzeit und überall möglich sei.

In der darauffolgenden Debatte sagte GR. Ing. WORM, daß technisches und menschliches Versagen in Tschernobyl zu Besinnung und Gesinnungswandel geführt haben. Dennoch sei vielerorts auch Geringschätzung dieser Katastrophe und ihrer Folgen anzutreffen. Worm gab zu bedenken, in welcher Weise Wien für Brandkatastrophen, Flugzeugabstürze, Chemieunfälle oder Grundwasserverseuchungen vorbereitet sei. In der Schweiz gebe es ein genaues Zivilschutzkonzept mit Anweisungen für die Bevölkerung. In Wien dagegen wisse kein Bürger, was zu geschehen habe, wenn eine Sirene ertöne. Es gebe weder Vorsorge, Schulung, noch entsprechende Anweisungen für derartige Notfälle. Es seien weder ein funktionierendes Warn- und Alarmsystem, eine Bevorratung mit Lebensmitteln und Wasser, Schutzräume oder Katastrophenzentren vorhanden. Worm appellierte in diesem Zusammenhang an die Verantwortung der zuständigen Politiker.

Forts. von Blatt 855

Forts. auf Blatt 857

Forts. von Blatt 856

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) meinte, daß der Zivil- und Katastrophenschutz nach der Katastrophe von Tschernobyl eine neue Bedeutung erhalten hätte. Nun sei es notwendig, ein Warn- und Alarmsystem, eine bundeseinheitliche Förderung des Schutzraumbaues, eine Katastrophenschutzschulung der Ärzte, regelmäßige Selbstschutzunterweisungen der Bevölkerung, Notbevorratungsmaßnahmen und freiwillige Zivilschutzgruppen zu schaffen. Zusätzlich gelte es, atomare Gefahrenquellen wie die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf zu verhindern. Österreich sei einig in der Ablehnung dieser Anlage, und er erhoffe sich dabei ein gemeinsames Vorgehen über politische Grenzen hinweg sowie mehr Aktivität der verantwortlichen Minister für Äußeres und Umwelt.

StR. Dolores BAUER (ÖVP) meinte, die Katastrophe von Tschernobyl habe deutlich gezeigt, daß uns der Umgang mit Kräften, die wir nicht beherrschen, untersagt sein muß. Sie stellte die Frage, wie sicher sich die Bürger dieser Stadt fühlen können und ob sie sich im Ernstfall darauf verlassen können, daß sie tatsächlich geschützt sind. Sie persönlich fürchte, daß viel zu wenig getan und viel zu viel geredet werde.

Auch ein Jahr nach der Katastrophe von Tschernobyl werde Zivilschutz wie ein Stiefkind behandelt, kritisierte GR. Dr. NEUBERT (ÖVP). Kurse in Volkshochschulen, Auskünfte im Rathaus, einige Publikationen und ähnliches wären Alibi-handlungen, die im Ausland belächelt würden. Man betreibe eine „Vogel-Strauß-Politik“, er vermisse Frühwarnsysteme, ein Krisenmanagement, ein Schutzraumkonzept und für den Ernstfall geeignete Alarmsirenen. Neubert stellte die Frage, wann jemals in Wien eine große Zivilschutzübung stattgefunden habe, und warum man sich noch nicht damit beschäftigt habe, beispielgebend zu wirken und in Gemeindebauten Schutzräume zu schaffen.

StR. EDLINGER (SPÖ) wies in seiner Wortmeldung auf die Kosten der Schaffung von Schutzräumen hin. Eine Kelleruntersuchung von städtischen Wohnhausbauten habe eine weitgehende Eignung dieser Räume in bezug auf Strahlenschutz, jedoch nur eine bedingte Tauglichkeit in bezug auf Trümmerschutz ergeben, sagte Edlinger. Aufgrund dieser Untersuchung sei eine Kostenschätzung über den Umbau der Kellerräume in Schutzplätze erfolgt, wobei ein Schutzplatz im Ausmaß von 0,8 Quadratmetern mit 8.570 Schilling geschätzt wurde. Bei Tauglichkeit für Trümmerschutz müßten weitere 8.160 Schilling veranschlagt werden. Allein für die 210.000 Wiener Gemeindewohnungen würde dies ein Kostenerfordernis von 3,6 Milliarden bzw. rund sieben Milliarden Schilling ergeben, eine Summe, die im Rahmen der Wohnbauförderung also sicher nicht aufzubringen wäre. Das gleiche treffe auch bei der Neubautätigkeit zu. Das Thema sei zu ernsthaft, sagte Edlinger, um Anträge zu stellen, ohne die Finanzierung zu hinterfragen. Er sei gerne bereit, entsprechende Konzepte zu diskutieren, man könne die Finanzierung jedoch nicht ausklammern.

GR. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) sagte, sie könne die Frage der Mittelaufbringung nicht als Grund für die Ablehnung sinnvoller Maßnahmen in diesem Bereich akzeptieren. Bereits jetzt sei anzunehmen, daß die Spätfolgen von Tschernobyl auch bei uns in Form von Krebserkrankungen über das normale Ausmaß hinaus wirksam werden. Die SPÖ habe nun seit diesem gravierenden Ereignis ein Jahr verspielt, und es sei nur zu hoffen, daß bis zur nächsten Katastrophe wirksame Maßnahmen getroffen werden.

GR. DINHOF (SPÖ) verwies darauf, daß die Bettenauslastung von nur 40 Prozent auf Kinderstationen der Vorsorge für den Fall einer Epidemie diene. In den Wiener städtischen Spitälern ist für die Behandlung von Strahlenopfern Vorsorge getroffen, daß sie auch bei Ausfall der Energieversorgung warme Mahlzeiten für 5.000 bis 6.000 Menschen herstellen können.

GR. NUSSBAUM (SPÖ) erläuterte, daß der ÖVP-Nationalrat und Vizepräsident des Österreichischen Zivilschutzverbandes Paul Burgstaller die Wiener Aktivitäten zur Aufklärung und Information der Bevölkerung, die geleistet wurden, gewürdigt hat. Nußbaum erläuterte Inhalt und Ziele von Katastrophenplan und Katastropheneinsatzkonzepten, in denen auf alle absehbaren Katastrophen Rücksicht genommen wird. Die Wahrnehmung des Katastrophenhilfsdienstes in den Belangen Katastrophenschutz, Katastrophenalarm und Katastropheneinsatz im Sinne des Katastrophenhilfegesetzes ist der Feuerwehr übertragen, wobei jedoch eine Reihe von Dienststellen ständig in die Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes einbezogen ist, während bei Bedarf die gesamte Stadtverwaltung herangezogen werden kann.

Forts. auf Blatt 858

StR. Braun (SPÖ) erklärte, es sei richtig, ein Jahr nach „Tschernobyl“ über die Katastrophe und darüber, wie die Ereignisse bewältigt wurden, zu sprechen. Dieses Problem müsse allerdings weltweit betrachtet werden. Ein Warn- und Alarmsystem ist bundesweit in Vorbereitung, ebenso wie dieses ist auch die Lebensmittelbevorratung Sache des Bundes, Wiener Aktivitäten erfolgen freiwillig voraus. Was die Bezirkskatastropheneinsatzpläne betrifft, wäre es der ÖVP gut angestanden, „ihre“ Bezirksvorsteher zu motivieren, auf diesem Bereich engagiert tätig zu werden. Der Stadtverwaltung eine zentrale Verantwortung zuzuschieben zu wollen, sei nicht gerechtfertigt. Was die Selbstschutzausbildung betrifft, lasse sich an der geringen Beteiligung der Bevölkerung der Stellenwert ablesen, den dieses Thema in der Öffentlichkeit besitzt, obwohl von den zentralen Stellen umfangreiche Bemühungen gesetzt wurden.

Sollte es zu einer Kraftwerkskatastrophe an der österreichischen Grenze kommen, bliebe zu wenig Zeit, um effiziente Maßnahmen zu setzen. Der allgemein verbreiteten Angst müßte man in der Form Rechnung tragen, daß man durch gemeinsames Engagement für einen Stopp der Atomversuche und des Betriebs von Kernkraftwerken eintrete. Entsprechende Aktivitäten des von der ÖVP gestellten Außenministers Mock seien jedoch bisher zu vermissen.

Im einzelnen sagte Braun zur Dringlichen Anfrage, daß es hinsichtlich des Warn- und Alarmsystems Gespräche zwischen den Ländern und dem Bund gibt, durch die zusätzliche Mittel erschlossen werden sollen. Es soll ein einheitliches Signal, verbunden mit der Aufforderung geben, Radio oder Fernsehen einzuschalten und weitere Anweisungen abzuwarten. Der Rundfunk ist mit Notstromeinrichtungen ausgerüstet, der Bevölkerung wird empfohlen, Radios mit Batteriebetriebs-einsatzbereit zu halten. Diese Vorgangsweise ist allgemein üblich. Von der Stadt Wien wurde der Lebensmittelbedarf der Bevölkerung erhoben, derzeit werden Bestand und Lagerungsmöglichkeiten geprüft, obwohl dies eigentlich Bundesangelegenheit wäre. Ähnliche Arbeiten gibt es auch für die Trinkwasserversorgung. Es gelte jedenfalls, daß die Eigenvorsorge durch die Bevölkerung im Vordergrund stehen muß. In der Spitalsverwaltung wurde eine zentrale Informationsstelle eingerichtet, die bei Bedarf in Betrieb genommen wird und auch die Aufgabe hat, den Informationsfluß bei Ereignissen auch wie bei „Tschernobyl“ zu verbessern. Für die Versorgung von Strahlenopfern gebe es Pläne und Konzepte. Zur Erhebung des Schutzwertes von Gebäuden werden rechtliche, technische und organisatorische Vorbereitungen getroffen. Bei 87 Prozent der städtischen Wohnhäuser wären die Keller mit Adaptierungen für einen Strahlenschutz grundsätzlich geeignet. Die Schaffung eines umfassenden Strahlen- und Trümmerschutzes würde 7 Milliarden Schilling kosten. Die Schutzwürdigkeit müßte auch bei geförderten und privaten Wohnbauten geprüft werden. Ein Katastrophenschutzplan in den Bezirken ist in Ausarbeitung, die Bezirke haben alle Informationen und erhalten bei Bedarf Unterstützung. Für die Information der Bevölkerung läuft derzeit das Pilotprojekt „Selbstschutz-Gemeindezentren“.

Dringliche Anfrage: Autobahnmaut

Die FPÖ brachte eine dringliche Anfrage an Bürgermeister Dr. Helmut ZILK über eine drohende Schädigung Wiens durch die Einführung einer Autobahnmaut für die West- und Südbahn ein.

In der Begründung der Dringlichkeit erklärte Hirschnall, es habe eine Reihe von widersprüchlichen Aussagen des Wirtschaftsministers gegeben, die sich nun auf eine Autobahnmaut für West- und Südbahn eingependelt hätten. Die Wiener FPÖ sehe in dieser Entwicklung eine gezielte Schädigung Wiens und der Wiener Bürger, die für die Erhaltung des Autobahnnetzes überdurchschnittlich belastet würden, und einen schweren Schlag für den Wiener Fremdenverkehr. Wien müsse sich aufgrund der derzeit laufenden Ausarbeitung eines Mautkonzeptes und der vorgesehenen Beschlußfassung dieser neuen Regelung im Juni 1987 rechtzeitig wehren, begründete Hirschnall die Dringlichkeit der Anfrage.

ABSTIMMUNG: Die Dringlichkeit wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt, die Anfrage wurde zur schriftlichen Beantwortung zugewiesen.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates endete um 18.40 Uhr. (Schluß) red